

Morwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kampf um wertbeständige Löhne.

Die Verhandlungen mit den Unternehmern gescheitert.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium, die heute unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministeriums-Vormittag unter Beteiligung von Vertretern der Arbeitgeberverbände und der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften stattfanden, sind an dem Widerstand der Unternehmer gescheitert. Die Gewerkschaften haben dringend verlangt, daß sich die Reichsregierung sofort mit der Frage befasse und Stellung nimmt zur Einführung wertbeständiger Löhne und Gehälter in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen.

Lohnverhandlungen im Bergbau.

Heute finden im Reichsarbeitsministerium wieder Verhandlungen über die Festsetzung der Bergarbeiterlöhne statt. Obwohl ein endgültiges Resultat noch nicht vorliegt, läßt sich bis jetzt die Lage soweit überblicken, daß mit einer Erhöhung des Gesamtdurchschnittslohnes über 40 000 M. pro Schicht ohne Unterschied der Röhre ab 7. Juli zu rechnen ist. Diese Festsetzung dürfte zunächst für die Dauer einer Woche Gültigkeit haben. Die Verhandlungen dauern an.

Frankreich gegen England.

Der Zorn des „Matin“ gegen England.

Paris, 5. Juli. (M.T.B.) Der „Matin“ veröffentlicht über die nunmehr unerschöpfen von der Morgenpresse zugehende Meinungsverschiedenheit, die sich bei der Unterredung Lord Curzons mit dem französischen Botschafter ergeben hat, in einem wenig freundlichen Ton für England. Man könnte beinahe sagen Enthüllungen. Er schreibt: Wenn sich diejenigen, die Nachrichten haben wollen, im Foreign Office einfinden, verweigert man ihnen vielleicht Auskünfte. Aber man gibt ihnen einen Befehl, nämlich folgenden:

„fährt fort!“

Das heißt fährt fort und versucht, Frankreich durch einzuführen. Glücklicherweise ist der französische Ministerpräsident für die Einschüchterungen der englischen Zeitungen und der englischen Zeitungsagenturen nur mittelwichtig empfänglich. Der wunderbare Frieden, der in den Verhandlungen der französischen Kammer herrscht, beweist, daß das Parlament volles Vertrauen zu Poincaré hat. Es sei aber notwendig, daß die öffentliche Meinung klar sehe, worum es sich handelt. Es sei nicht der passive Widerstand

Deutschlands, der den Gegenstand der Meinungsverschiedenheit bilde. Was wir unter Einstellung des passiven Widerstandes verstehen, sagt das Blatt, ist klar begründet worden und wird noch klarer begründet werden, wenn es notwendig erscheint. Das Hindernis liegt auch nicht in der Aufrichtung des Regimes, das von selbst in Ruhegebiet eintreten wird, wenn der passive Widerstand ein Ende gefunden haben wird. Es ist klar, mehr als klar, daß wir das Ruhrgebiet nicht verlassen werden, ohne bezahlt zu sein, und daß wir andererseits, sobald Deutschland mit den Zahlungen begonnen hat, ihm auch wieder die Verwaltung seiner Einnahmequellen, allerdings unter unserer Kontrolle, zurückgeben werden.

Die Wahrheit ist ganz anders. England hat einen großen, zugleich

wirtschaftlichen und politischen Plan:

Wirtschaftlich will es von Deutschland die gesamten Annullitäten verlangen, die es augenblicklich bezahlen müsse, d. h. eine Summe, die um drei Milliarden Goldmark höher ist als der englische Anteil an den Schulden der Serien A und B. Auch will England einen Teil seiner Forderungen an Frankreich nicht durch Erhöhung der deutschen Schuldpflicht erlangen, sondern, indem es sich aus dem Minimum der 25 Milliarden Goldmark für Frankreich bezahlt macht, die für die verarmtesten französischen Gebiete unerlässlich sind. Der „Matin“ fügt hinzu: Wir sind nicht einmal sicher, daß es außerdem nicht noch einige Milliarden haben will für das, was es seine verarmtesten Gebiete nennt, nämlich seine Arbeitslosen. Ein Handelsabkommen für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland, das

unter Leitung von Mackenna entworfen

worden ist, verfolgt das wirtschaftliche Programm. In politischer Hinsicht will England Frankreich, dessen Einfluß auf dem Kontinent es fürchtet, verhindern, Deutschland allein zur Kapitulation zu bringen, das heißt einen Sieg davonzutragen, an dem England nicht seinen Anteil fordern kann. Es ist nicht sehr leicht für Lord Curzon, diesen Plan auseinanderzusetzen, der zu gleicher Zeit den Friedensvertrag von Versailles und den Londoner Zahlungsplan zerstört und den keine französische Regierung diskutieren wird, ohne sich an das Parlament zu wenden. Deshalb beschwerte sich Lord Curzon darüber, daß er nicht die französische Ansicht kenne, die doch in den an allen Mauern in allen Gemeinden angeschlagenen Reden enthalten sei, und erkläre gleichzeitig, die Lage sei ernst, weil Frankreich ihm nicht seine wertvollen Pläne auszuführen gestatte, indem es vorschläge, sich seine Rechte selbst zu amputieren.

London, 5. Juli. (M.T.B.) In einem Leitartikel spricht „Times“ ihr Bedauern darüber aus, daß verschiedene in englischen Blättern enthaltene Mitteilungen über die Absichten der britischen Regierung die schwierige Lage unnötig verschärft hätten. Die Politik Großbritanniens müsse notwendigerweise behutsam geführt werden und so wie die Umstände es erforderten. Es sei nicht angebracht, die Verwirrung zu vermehren und neue Streitpunkte zu schaffen; doch müsse die britische Politik von nationalen Interessen bestimmt werden. Es müsse unbedingt die Wiederherstellung des internationalen Handels verlangt werden. Solange eine Periode der Experimente und phantastischer Abenteuer andauere so lange die Wechselkurse auf und niederschaukelten, könne der Handel

nicht blühen. Die wachsende Ungeduld Großbritanniens sei nicht so sehr daraus zu erklären, daß noch nicht entschieden sei, wo in der gegenwärtigen Lage Europas das Recht oder Unrecht sei, als daraus, daß das englische Volk nicht wisse, ob der gesunde Menschenverstand schließlich zum Siege komme. England könne sich nicht auf eine Politik glänzender Isolierung beschränken; denn es sei viel zu sehr mit den Angelegenheiten des Kontinents verknüpft. Das Blatt schließt mit einem Aufruf an Frankreich, an das Schicksal Europas zu denken, für welches Frankreich und England zu sehr verantwortlich seien, als daß die Probleme des Augenblicks, wie ernst sie auch seien, die Zukunft Europas beeinträchtigen können. „Daily News“ sagt in einem Leitartikel, wenn Poincaré nicht in der Lage sei, seine Auffassung zu ändern, dann sei es besser, die britische Regierung gehe ihren Weg allein und verhandele mit Deutschland direkt. Wir wissen allerdings nicht, sagt das Blatt, ob die Lage dadurch sofort gebessert wird, oder wir würden aus einer Lage befreit werden, die nicht nur demütigend, sondern auch einfach sinnlos ist.

Was hat Deutschland bisher bezahlt? — Debatte in der Pariser Kammer.

In der französischen Kammer fand gestern eine interessante Debatte über die Höhe der von Deutschland bisher geleisteten Reparationszahlungen statt. Der Abg. Louis Dubois, früherer Vorsitzender der Reparationskommission, polemisierte gegen die deutschen amtlichen Publikationen, die falsche Zahlen angäben. Cachin rief dagegen, daß auch Frankreichs Ziffern angezweifelt würden und berief sich auf das Zeugnis des französischen Wirtschaftspolitikers Professor Gide, wonach Deutschland schon 25 Milliarden Papierfranken (gleich etwa 8 Milliarden Goldfranken oder 6 Milliarden Goldmark) bezahlt habe. Nach Dubois Behauptung hat Deutschland bis zum 31. Dezember 1922 in Gold nur 1,5 Milliarden Goldmark und 3,95 Milliarden Goldmark in Sachlieferungen bezahlt, gleich insgesamt etwa 5,5 Milliarden Goldmark, wovon man die „Berichtsvollzieherkosten“, d. h. die Befragungskosten, abziehen müsse. Deutschland hätte mehr leisten können, wenn es gewollt hätte und wenn England Frankreichs Forderungen besser unterstützt hätte.

Zwischen Abgeordneten der zerstörten Gebiete entspann sich eine Debatte über die ungenügenden deutschen Sachlieferungen. Die Sozialisten Ringier und Uhrig machten die Industrieländerverbände des Nationalen Blocks für die Sabotierung des Wiesbadener Abkommens verantwortlich. Heute will sich Doumer hierüber zum Wort melden.

Scharfe Töne im Unterhaus.

London, 5. Juli. (M.T.B.) Bei der Beratung der Finanzvorlage im Unterhaus sagte das Parlamentsmitglied Percy Harris in einer Rede, während Frankreich in der Lage sei große Summen für Rüstungen auszugeben, wolle es nicht entsprechende Steuern erheben oder einen ersten Versuch machen, das Budget ins Gleichgewicht zu bringen oder seine Schulden zu bezahlen. Durch seine unüberlegte Politik verurteile Frankreich Verwirrung im Handel, Arbeitslosigkeit, Unruhen und wirtschaftliche Depression in ganz Europa. Es sei zu hoffen, daß der Premierminister bei seinen Verhandlungen eine energische Stellung einnehmen werde; wenn er dies tue, so habe er die gesamte Nation hinter sich.

Japan wünscht Abrüstungskonferenz.

Ohne Frankreich und Italien.

London, 5. Juli. (M.T.B.) Reuter meldet aus Tokio: Von zuständiger Seite wird erklärt, das Marineministerium habe seine Attache angewiesen, unformell Großbritannien und Amerika zu sondieren bezüglich des Vorschlages, eine Dreimächtekonferenz abzuhalten, welche die Aufgabe haben solle, das Washington-Pariser-Abkommen zu ergänzen, ohne auf seine Ratifizierung durch Frankreich und Italien zu warten. Der Grund liege in finanziellen Erwägungen, da die Instandhaltung von Schiffen, die nach dem Abkommen abgebrochen werden sollten, unnötige Kosten verursache.

Amerikanische Wirtschaftspolitiker in Russland. Nach einer Meldung der russischen Telegraphenagentur sind amerikanische Senatoren und Wirtschaftspolitiker in Rostau eingetroffen, darunter Sinclair, der Präsident der Sinclair Oil Company, Hall, der frühere Minister des Innern im Kabinett Harding, Law Mason und Day von der Barnsdell Oil Company. Sinclair gab seiner Ueberraschung Ausdruck über die Erfolge der russischen Bankinstitute in der Balustabilisierung.

Starke Nachfrage nach Devisen.

Die unbefriedigende Gestaltung der außenpolitischen Lage und die drohende Streikgefahr führen heute im amtlichen Devisenverkehr zu einer neuen Verstärkung der Nachfrage. Es ist zu berücksichtigen, daß infolge der in den letzten Tagen vorgenommenen Reparierungen noch große unerledigte Kauforders bestehen, die natürlich auch heute wieder an den Markt kommen. Es mußten deshalb alle Aufträge für ausländische Rechnung unberücksichtigt bleiben. Der inländische Devisenbedarf konnte wieder nur teilweise befriedigt werden. Bei den meisten Devisen wurde nicht einmal die Hälfte der Nachfrage befriedigt.

Faschismus ohne Theorie.

Rom, den 1. Juli 1923.

Es ist eine Alltagserfahrung, daß Leute, die nicht Latein können, eine besondere Vorliebe für lateinische Zitate haben. Die meisten streben eben danach, zu scheinen, was sie nicht sind. Ähnlich geht es dem Faschismus mit seinem hartnäckigen Streben nach theoretischer und prinzipieller Grundlage. Der Faschismus ist Praxis: es gibt eine faschistische Praxis, eine faschistische Methode, aber keine faschistische Theorie. „Wir wollen Staat werden“ hat seinerzeit Mussolini verkündigt, d. h. wir wollen uns des Staates bemächtigen; dieses absolut praktische Programm war nicht das Mittel, sondern der Zweck. Man wollte sich nicht des Staates bemächtigen, um diese oder jene Staats- oder Wirtschaftsform zu verwirklichen, sondern verwirklicht vielmehr, sobald man einmal in dem Besitz des Staates gelangt ist, jene Staats- und Wirtschaftsform, die geeignet ist, diese Besitzergreifung zu festigen, oder versucht doch, sie zu verwirklichen.

Die Theorie hat mit der ganzen Sache gar nichts zu tun, aber der Faschismus sucht nach einem theoretischen Gehalt. Eine Zeitlang wurde als Surrogat dafür die psychische Beschaffenheit und Stimmungslage Mussolinis dargeboten. In jeder seiner „politischen“ Reden, machte uns der Ministerpräsident mit seinen Reigungen, Verlieben, Gemüthsheiten und Wünschen bekannt; wir erfuhren, daß er das hohe Spiel der Verantwortung liebt, daß sein Leben ihm nur lebenswert ist, sobald es Gefahr einschließt, daß ihn die körperliche und geistige Athletik reizt, daß er gern demütig wäre, aber nichts um sich sieht, was ihm Demut einflößt usw. Das ist Individualpsychologie, aber kein Parteiprogramm.

Nun hat aber der amerikanische Botschafter in Rom in einer Tischrede dem Faschismus Enthüllungen über sich selbst gemacht. Er hat den Faschismus als höchsten Ausdruck des Individualismus verherrlicht, hat die Stärke des Staates aus der freien Entfaltung der Leistungsfähigkeit des einzelnen abgeleitet und hat die Staaten unterschieden in solche, in denen das Individuum alles von sich selbst und der eigenen Kraft erwartet, und jenen, in denen der einzelne sich als Schutzbefohlener des Staates fühlt. Aus starken, freien und mutigen Individuen fügt sich der starke, freie und geachtete Staat.

Mussolini hat mit Begeisterung der amerikanischen Definition des Faschismus beigeprallt, die in eine Verherrlichung des Sports als Mittel der Erziehung der Jugend ausklang. Und der Ministerpräsident glaubt jetzt in dem Ernst, in dem Individualismus die Formel des Faschismus gefunden zu haben. Ihm gefallen kräftige Burtschen, die mit guten Muskeln und geringen Strupeln den Knäuel gegen weniger Kräftige handhaben: also war er immer Individualist, der das Individuum entfaltet sehen will und die Stärke des Staates nur erstrebt, soweit sie aus der Kraft und Freiheit des einzelnen quillt und sich mit dieser verträgt. Und vor lauter Freude über die Definition amerikanischer Fabrikmarke, vergißt Mussolini den starken Staat, der die Hingabe des Individuums fordert, vergißt die Hierarchie, das Gottvertrauen, das Verbot der Selbsthilfe für die Arbeiterschaft, der der Schutz von oben versprochen wird, wenn sie nur beim Faschismus ausharrt, vergißt die Verneinung der Freiheit, die die er als verwesenden Körper bezeichnet hat, die Knebelung des freien Kampfes der Ideen.

Der Faschismus ist nicht individualistisch: er ist wohl für das freie Spiel der Kräfte zwischen Kapital und Arbeit, aber die Freiheit soll auf der Seite des Kapitals bleiben. Wenn Mussolini die Worte des amerikanischen Botschafters wie eine Enthüllung erschienen sind, so war das einfach, weil er sich bewußt wurde, daß ihm an seiner individuellen Freiheit und ungehemmten Selbstbetätigung gewaltig viel gelegen ist, so viel, daß er das daraus entspringende Gefühl der Kraft und Selbstherrlichkeit geradezu identifiziert mit der Kraft und Selbstherrlichkeit des Staates. Aber von der individuellen Freiheit der „anderen“, der Untertanen, der unteren Schichten des hierarchischen Gebäudes, das im Ministerpräsidenten gipfelt, will der Faschismus beileibe nichts wissen: diese sollen der Obrigkeit untertan sein, sollen an Gott und Mussolini glauben und ihre Arbeit tun!

Der Faschismus erstrebt nicht die freie Entfaltung des Individuums, sondern seine Unterordnung. Der einzelne soll zurechtgestutzt werden auf ein bescheidenes Mindestmaß, um dem „Staat“, d. h. der vom Staate lebenden Schicht die vollste ungehemmte Entfaltung und Genüßfreiheit zu geben. Er selbst nennt sich eine Aristokratie und ist zweifellos eine Herrschaft der Minderheit auf Kosten der Mehrheit, von der man nur Härterdienste erwartet für den Bau der Könige, oder des „Imperators“. Der Faschismus kennt sich nicht und was ihm als Spiegelbild vorgehalten wird, ist das Gesicht des amerikanischen Pantees. Er selbst weiß es nicht: er will aber an den Renaissancemenschen anknüpfen, freilich ein Versuch mit ungeeigneten Mitteln.

Während der Faschismus nach einer theatralischen Formel seiner Wesenheit strebt, prägt er immer mehr seine praktische Wesenheit aus, die aus einer gewaltigen Besitzergreifung der Regierungsmaschine durch eine Minderheit ihre gewalttätige Behauptung notwendig folgen läßt. Alles soll mit Gewalt gemacht werden.

Trotz guter Ernteaussichten steht der italienische Wechsel so schlecht, wie noch nie zuvor in dieser Jahreszeit. Das Pfund Sterling, das man sogar zur Zeit der Fabrikbelegung (August 1921) um 76 bis 85 Lire kaufen konnte, kostet heute 100 bis

104. An der Sache ist natürlich in erster Linie die Ruhr-
belegung und Markenwertung schuld, die die italienischen Fa-
bricate ganz unter der deutschen Konkurrenz ersickert. Der
Faschismus hat nur insofern Mitschuld an dem Tiefstand, als
die beständige Androhung des „zweiten Marsches“ auf Rom
natürlich nicht gerade zum Anlauf italienischer Baluta an-
reizt. Als Mittel weiß aber die faschistische Regierung nichts
anderes, als „strenge Maßnahmen gegen die antinationalen
Bantinstitute“ in Aussicht zu stellen!

Als Form der Bergewaltigung kann auch die Wahlreform
angehoben werden, die unter beständiger Gewaltandrohung
durch die faschistische Presse durchgesetzt werden soll und bei
der Rückgratlosigkeit der Kammermehrheit zweifellos durchge-
setzt werden wird. Gewalt flackert immer wieder
auf und zwar in allen Gegenden Italiens. Weil in Reggio
Emilia ein „Konful“ der faschistischen Miliz von Unbekannten
angegriffen und vermurdet worden ist, ist der Konsum-
verein von San Maurizio und die Arbeitsgenossenschaft
von Pieve Modelena angezündet und verbrannt
worden, ebenso die Konsumvereine von drei anderen Orten.
Ein sozialistischer Arbeiter wurde ermordet!

Aber dieselbe Gewalt, durch die der Faschismus zur
Herrschaft gelangte und sich in ihr festigt, wirkt automatisch
weiter in seinen „Gewerkschaften“; diese sind ursprünglich als
Potemkinsche Dörfer gedacht worden, aber statt dessen vollzieht
sich in ihnen die Verbindung von Arbeiterinteressen und fa-
schistischer Gewaltpraxis. Das faschistische Organ „L'Assalto“,
der Provinz Bologna, schreibt:

„In unserem Kampf gegen die engherzigen, unfähigen und
ungerechten bürgerlichen Klassen wird uns die Solidarität vieler
Grundbesitzer nicht fehlen können, die das Volk lieben und mit dem
Volk arbeiten und die die Pflichten und die Funktion des Privat-
eigentums verstehen. Um diesen pflichtschuldigen und gerechten
Kampf zu führen, wird der Generalstreik, das Preisgeben der Ernten,
die Schädigung der Produktion weiter nötig noch zweckmäßig sein.
Ein paar tüchtige Ohrfeigen werden genügen,
die Wiederaufnahme des Knüppels, ohne sich um die scheinbare
Disziplinlosigkeit Sorgen zu machen, denn diese heilige Diszi-
plinlosigkeit wird das Band und den Faschismus reiten und
auch gewisse Arbeitgeber zwingen, eine Regierungsmassnahme an-
zurufen, die allen jenes „faschistische Gesetz“ aufzwingt, das die
Arbeiter seit langem angenommen haben.“

Wenn man sich auch bei dem „faschistischen Gesetz“ nicht
eben viel denken kann, so doch einiges bei den verheißenen
Ohrfeigen und dem Gebrauch des Knüppels. Und in den
„Officine Meridionali“ in Neapel haben die faschistischen Ar-
beiter am 29. Juni die Fabrik besetzt, um drei Massregelungen
rückgängig zu machen, was sie auch durchgesetzt haben. Wie
der Heerführer über diese „Einfaltung der individuellen
Kräfte denkt, war bis heute nicht zu erfahren. . . .

Die Finanzen des Reiches.

2,6 Billionen neue schwebende Schuld in einer Defizite.

Die Uebersicht über die Finanzen des Reiches in der zweiten
Jahresperiode stellt einen neuen Rekord des deutschen Finanzjahrens
dar. Die Ausgaben des Reiches stiegen auf 2,800 Milliarden Mark
gegen 1,800 Milliarden Mark in der vorhergehenden Defizite. Die
Einnahmen betragen in der zweiten Jahresperiode 280 Milliarden,
wobei etwa 20 Milliarden auf Einnahmen aus der Zwangsanleihe
entfallen. Durch die ordentliche Einnahme ist also nur ein Zehntel
der Ausgabe gedeckt, mehr als neun Zehntel mußten gedeckt werden
durch

Vermehrung der schwebenden Schuld.

Sie ist daher gestiegen um den ungeheuerlichen Betrag von
2,500 Milliarden Mark. Diese Summe stellt die Inflations-
steuer dar, die die wesentliche Ursache für die ungeheuren Preis-
steigerungen und die immer aufs neue erfolgenden Erschütterungen
der Mark ist. Bei einer Bevölkerung von 60 Millionen Menschen
entfällt auf den Kopf dieser Bevölkerung durch diese Inflationssteuer
eine Belastung von 41 000 Mark in zehn Tagen. Für eine fünf-
köpfige Familie ergibt sich somit eine Belastung in zehn Tagen von
mehr als 200 000 Mark, oder von 20 000 Mark täglich. Da Lohn oder

Gehalt im Durchschnitt Mitte Juni weniger als 40 000 Mark betragen
haben, so ergibt sich die geradezu ungeheuerliche Tatsache, daß fast
die Hälfte des Arbeitelohnes durch die Inflationssteuer geraubt wird.

Die Gesamtschuldenlast des Reiches ist auf rund 17 Billionen
angewachsen gegenüber ungefähr einer Billion Mitte November
beim Antritt der Regierung Cuno. Der Ausweis für die letzte Juni-
periode dürfte ein noch viel tröstlicheres Bild zeigen, denn vom
20. Juni ab sind die Beamtengehälter für drei Monate ausbezahlt
worden, die einen Gesamtbetrag von fast 9 Billionen ausmachen.
Da die Steuereinnahmen ganz unbedeutend geworden sind, so muß
die schwebende Schuld des Reiches um einen fast ebenso großen Be-
trag anwachsen. Angesichts dieser beängstigenden Verhältnisse wird
die sozialdemokratische Reichstagsfraktion darauf bestehen, daß noch
in der kurzen Tagungszeit des Reichstages vor seinen Ferien alles
geschähe, um die Besitztseuern so anzuspinnen, daß eine die
Inflation eindämmende Wirkung davon zu erwarten ist.

Der bayerische Skandal.

Alle sozialdemokratischen Blätter mit Verboten bedacht.

Die bayerische Regierung hat nunmehr auch die „Frän-
kische Tagespost“ in Nürnberg und den „Fränkischen
Volksfreund“ in Würzburg verboten. Damit sind sämt-
liche bayerischen sozialdemokratischen Zeitungen
von einem Verbot auf Grund der bayerischen Ausnahme-
verordnung betroffen worden. Das Verbot der beiden letzten
Blätter erfolgte wegen eines Artikels „Die Halentreuzler
im Spezzart“. Der Aufsatz stützte sich auf eine Veröffentlichung
der „Frankfurter Volksstimme“, die wörtlich zitiert wurde, und übte
Kritik an dem Wschaffenburg Bezirksamt, dem vorgeworfen
wurde, daß er den Sozialdemokraten eine Versammlung im ge-
schlossenen Raum verbot, während er den Nationalsozialisten die
Abhaltung von Versammlungen gestattete. Der kurze Aufsatz war
durchaus sachlich gehalten.

Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages hat gestern unter
Verletzung der Geschäftsordnung versucht den sozial-
demokratischen Antrag auf Aufhebung des Ausnahme-
zustandes in Bayern im Rechtsausschuß zu begraben. Das
ist ihr deshalb nicht gelungen, weil unsere Genossen den Saal
verließen und die bürgerlichen Herrschaften nicht zahlreich genug
anwesend waren, um beschlußfähig zu sein. Der Antrag steht des-
halb wieder auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-
sitzung. Der eben mitgeteilte Gewaltstreik gegen die beiden letzten sozial-
demokratischen Parteiblätter in Bayern, die bisher noch nicht von
einem Verbot auf Grund der Ausnahmeverordnung betroffen
waren, läßt eine eingehende Besprechung des ungeheuer-
lichen politischen Zustandes in Bayern mehr als notwendig
erscheinen.

Bayern organisiert sich selbst.

München, 5. Juli. (Fig. Drahtbericht.) Der bayerische Minister-
rat hat in seiner gestrigen Sitzung einer Vorlage des Finanzministe-
riums seine Zustimmung erteilt, die die Errichtung einer eigen-
en Finanzverwaltung für die steuerlichen Angelegenheiten
des Freistaates Bayern zum Zweck hat. Eine ähnliche Vorlage hat
bereits vor zwei Jahren den Landtag beschäftigt, fand aber damals
keine Mehrheit. In der Zwischenzeit hat sie nun in wesentlichen
Dingen durch den Finanzminister selbst eine Reihe von neuen Be-
arbeitungen erfahren, so daß, wie man hört, eine Mehrheit für die
gestrigte Vorlage im Landtag gesichert erscheint. Die Vorlage, die noch
in dieser Woche dem Landtag zugeht, verlangt u. a. Aufstellung
eines eigenen Beamtenkörpers von 1840 Beamten, zu-
sammengesetzt in 60 Ämtern, für deren Besoldung eine Summe von
35 Milliarden veranschlagt ist. Diese Summe soll aufgebracht werden
durch eine 120 000fache Erhöhung der Grundsteuer, die heute nur
das 250fache beträgt. Diese gewaltige Erhöhung, die an sich durchaus
zeitgemäß wäre, würde also von vornherein reiflos von dem neuen
Beamtenkörper verschlungen werden. Daß dieses finanzpolitisch ein
Unsinn ist, dürfte selbst dem dümmsten Bauern in Bayern einleuchten.
Der Zweck, den die bayerische Regierung mit der Vorlage verfolgt, ist
denn auch offenbar ein politischer. Es soll ein eigener Beamtenkörper
geschaffen werden, der im Fahrwasser der Bayerischen
Volkspartei segelt. Darüber wird noch das Nähere gesagt wer-
den müssen.

Die Umstellung der Staatsbergwerke.

Der Gesetzentwurf über die Umstellung der preussischen
Staatsbergwerke beschäftigt von Montag bis Mittwoch den
verstärkten Ausschuss für Handel und Gewerbe im Preussischen Land-
tag. Während die Arbeitnehmerorganisationen aller Richtungen in
den Vorberatungen der Standpunkt vertreten, daß die Zusammen-
fassung der Werke in einer einzigen Gesellschaft das Richtige
sei, bringt der Gesetzentwurf den Vorschlag, eine Dachgesellschaft
mit bezirksweise gegliederten Untergesellschaften einzurichten. Der
Staatsrat sprach sich einstimmig für eine einzige Gesellschaft
aus. Das Zentrum brachte im Ausschuss einen entsprechenden
Antrag ein, für den auch die Sozialdemokraten und Kommunisten
stimmten. Diese Abstimmung nahmen Volkspartei, Deut-
sch-nationale und Demokraten zum Vorwande, die Ber-
atung des Ausschusses zu verlangen, weil sie bei der veränderten
Sachlage mit ihren Fraktionen Rücksprache nehmen müßten. Unter
diesen Umständen besteht kaum Aussicht, den Gesetzentwurf vor den
Ferien fertigzustellen. Der Ausschuss erledigte die Partien des Ent-
wurfs, die sich mit der Sicherung der erworbenen Rechte der
Staatsbeamten befassen, welche in die neue Gesellschaft eintreten.
Die Anträge der Deutsch-nationalen, diesen Beamten auch in Zukunft
der Charakter als unmittelbare Staatsbeamte zu erhalten, wurden
abgelehnt. Am 4. Juli sollen die Beratungen fortgesetzt werden.

Schulaufsicht und Konfession.

Auch die staatliche Schulaufsicht (Kreis- und Bezirks-
schulrat) soll nach dem Willen der bürgerlichen Mehrheit im
Dreihundert-Ausschuß des Reichstages konfessionell gestaltet
werden. Zwar gelang es der scharfen sozialdemokratischen Kritik,
den Antrag der Deutsch-nationalen zu Fall zu bringen, der dahin
ging, die Schulaufsichtsbezirke ohne Beachtung der Gemeinden und
Schulverbände direkt weltanschaulich aufzuteilen. Diese Ungeheuer-
lichkeiten konnten selbst die sonst sehr gefügigen Deutschen Volks-
partei nicht mitmachen. Immerhin fand der abgemilderte An-
trag der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, der eine Berück-
sichtigung nur nach Möglichkeit wünscht, Annahme. Ob-
wohl die Demokraten die Gefahren dieses Antrages für die Ein-
heitslichkeit der Schule und der friedlichen Entwicklung des Schul-
wesens zugeben mußten und obwohl die preussische und sächsische
Regierung durch deutliche Erklärungen bringend vor der Annahme
solcher Anträge warnten, brachten die Demokraten dennoch nicht
den Mut auf, diesen gegen ihre Grundzüge gerichteten Antrag zu
Fall zu bringen.

Arbeitslosendemonstration in Essen.

Essen, 5. Juli. (Mit.) Gestern vormittag gegen 11 1/2 Uhr
kam es zu einer Kundgebung von Arbeitslosen vor dem Rathaus.
Eine ins Rathaus entsandte Abordnung forderte
außer der Erhöhung der laufenden Erwerbungs-
gelder eine einmalige Abfindungssumme von
300 000 Mark. Da die vor dem Rathaus versammelte Menschenmenge
während der Verhandlungen im Rathaus eine drohende Haltung
annahm, besetzte die neugebildete blaue Polizei das Rathaus. Als
die Arbeitslosen kurz darauf einen Postkraftwagen überfielen und
den Führer mißhandelten, ging die blaue Polizei zum Angriff über
und trieb die Menge auseinander. Die Menge belagerte nachher
wiederum, nachdem die Abordnung sie bereits einmal zur Ruhe
ermahnt hatte, das Rathaus kundenlang. Gegen 2 Uhr wurden
die Verhandlungen ins Arbeitsamt verlegt, worauf die Arbeitslosen
das Rathaus freigaben und sich zum Arbeitsamt begaben. Die
Verhandlungen sind noch zu keinem Abschluß gekommen.

Fast völlige Postsperr.

Köln, 5. Juli. (Mit.) Seit dem Inkrafttreten der Verordnung
183 der Interalliierten Rheinlandkommission werden im besetzten
Gebiet nur noch Postleistungen angenommen, welche
Lebensmittel enthalten. Dagegen ist die Annahme von
Paketen nach dem unbesetzten Gebiet und nach dem Ausland im
besetzten Gebiet gesperrt. Nunmehr ist man auch dazu übergegangen,
die Annahme und Beförderung von Einschreib- und Wertbriefen
mit Wareninhalt einzustellen, die fast alle der Beschlagnahme durch
die Franzosen verfallen.

18 Jahre schweren Kerker für den Mörder Rajdins. Gestern
land vor dem Staatsgerichtshof in Prag der Prozeß gegen den
Mörder des tschechischen Finanzministers Rajdin, den neunzehn-
jährigen Josef Soupal statt. Der Angeklagte verweigerte jede
Ausgabe mit der Begründung, er erkenne die Kompetenz des Staats-
gerichtshofes nicht an und verlange vor ein Geschworenen-
gericht gestellt zu werden. Soupal wurde zu 18 Jahren schweren
Kerkers verurteilt.

Billige Bonbons.

Von Henni Lehmann.

Nun ging ich wieder durch die schmale Hauptstraße der alten
Hafenstadt, die graue Lärme, spitze Giebelhäuser, Stadttürme und
ein schönes Rathaus hinüber gerettet hat aus der Zeit ihrer Blüte
in den glanzvollen Tag der Gegenwart. Aber die Gegenwart hat ihr
allerlei neumodische Dinge gebracht, sogar eine Elektrische, die jetzt
wie in manch anderer Mittelstadt ihre Fahrten als unergiebig ein-
gestellt hat, und Warenhäuser. Eines dieser Warenhäuser ist das
Stammhaus des großen Berliner Hauses mit dem berühmten Namen.
Gerade vor diesem Stammhaus, das inzwischen aber auch in ein
schönes neumodisches Gebäude übergesiedelt ist, erlebte ich, was ich
erzählen will. Vor der Tür dieses Hauses sah ich einen Aufzug, wie
ich ihn noch niemals gesehen hatte, und ich habe schon allerlei in
der Hinsicht in Berlin und anderswo erlebt. — Aber das sind sonst
Erwachsene, die sich sammeln, wenn irgend etwas Erregendes ge-
schieht. Höchstens sind einmal ein paar halbwüchsige dazwischen. —
Doch hier waren es Kinder, die sich gefasert hatten, unzählige Kin-
der, und immer mehr kamen hinzu.

Da waren große und kleine Jungen und Mädels, Kinder
mit Schürzen und solche, die kaum die Füße zu sehen verstanden,
Kinder in Kinderwagen, von älteren Geschwistern gefahren, Kinder
mit rosigen Wangen und Kinder mit Hungeraugen, Kinder in
warmen Strickmütchen und Kinder in dünnen zerfallenen Rö-
cken, durch die der Wind pflusterte. Kinder drückten ihre Näschchen
an den großen blanken Spiegelscheiben des Warenhauses, und Kinder
standen gedrängt auf dem Fahrband und blickten nach der Dreh-
tür des Hauses, die sich aufblühend öffnete und schloß. Zwei Leute von
der Polizei hielten vor diesen blinkenden Türen Wacht und gaben
auch, daß die Kinder nicht hereinbrängen.

„Sa, was ist denn da los?“, fragte ich eine Frau, die auf der
anderen Straßenseite stand und hinüberblickte.

„Billige Bonbons“, antwortete sie lakonisch.

In diesem Augenblick trat durch die Dreh-
tür eine gut gekleidete
Frau, die zwei große Tüten trug. Die Polizisten wollten ihr den
Weg frei machen, doch als sie alle die begehrlichen Augen sah, öffnete
sie rasch die eine der beiden Tüten und füllte zur Rechten und Lin-
ken Hände und Handchen, die sich ihr entgegen reckten. Als die
Tüte leer war, ging sie rasch mit der andern Tüte durch die Kinder-
reihe, die ihr Platz machte, davon.

Sie sah die glänzenden Augen der Kinder, die ihr nahe ge-
standen hatten, deren Hände sie gefüllt hatte. Ich aber von der
anderen Straßenseite sah die andern, sah die, welche auf dem Fahr-
band standen in der letzten Reihe, die zu schwach, zu klein, zu
schächtern gewesen waren, um sich durchzudrängen, um eines der
billigen Bonbons zu erhalten.

Sa, billige Bonbons! Wenn doch keine Kinderhände mehr leer
blieben, die sich nach ihnen ausstrecken, keine Kinderherzen mehr
traurig würden, die sich vergebens nach ihnen sehnen!

Aber so ist das Leben. Den einen gibt es teure Bonbons, soviel
sie nur mögen, und den andern wirft es ein paar billige zu, und
viel zu viele stehen in der letzten Reihe mit leeren Händen und
sehnenenden Herzen.

Warum teilt das Leben seine Süßigkeiten so ungleich aus?
Ich würde es anders machen, wenn ich das Leben wäre, — und
Kinderhände sollten mir niemals leer bleiben.

Aber vielleicht würde es besser werden, wenn mehr Leute auf
die andere Straßenseite hinübergängen und die sehen würden, die
mit leeren Händen in der letzten Reihe stehen.

Der Schlaf der Nervösen. Dr. Jauert zeigt im „Kosmos“, wie
der Schlaf des Menschen mit dem Verbrauch des in der Schilddrüse
hergestellten Jods zusammenhängt. Schlaf und Wachen bilden einen
Kreis. Durch Arbeit tagsüber sammeln sich Ermüdungsstoffe an
und verbrauchen Jod. Ist der Jodvorrat erschöpft, so wird durch
die Ermüdungsstoffe das gesamte Reizleitungssystem im Körper ge-
lähmt — und das bedeutet Schlaf. Diese Lähmung (Schlaf) bewirkt
aber gleichzeitig auch, daß keine neue Arbeit geleistet und keine neuen
Ermüdungsstoffe mehr gebildet werden. Allmählich kann also wie-
der so viel Jod von der Schilddrüse gebildet und aufgespeichert
werden, daß es im Körper wieder entsprechend die Oberhand ge-
winnt, wodurch dann der Schlaf von selbst unterbrochen wird.
Wachsein oder Schlafen — es dreht sich stets um Ermüdungsstoffe
oder die verarbeitete Reizmenge, um Jod und Schlaf; ein jedes dieser
drei kann gestört sein, so daß der Kreis gebildet oder gar unter-
brochen wird. Jede langdauernde Krankheit kann die Schilddrüse
überanstrengen und erschöpfen. Denn das Jod dient auch dazu,
Schläden zu beseitigen, die durch den Stoffwechsel aus Krankheits-
keimen im Körper sich bilden. Das Gleichgewicht der inneren Aus-
scheidungen kann durch Krankheit vollkommen erschüttert werden.
Wir wissen z. B., daß besonders Geschlechtskrankheiten schwere Ner-
vositäten erzeugen können, die zum Teil mit schweren Stoffwech-
selstörungen verbunden sind. Solche Menschen brauchen viel Schlaf.
Da ihnen wenig oder zum Teil minderwertiges Jod zur Entgiftung
zur Verfügung steht, so müssen sie eben die Menge der Ermüdungs-
stoffe herabsetzen, d. h. wenig oder gar nicht arbeiten, um im Gleich-
gewicht zu bleiben.

Die Frucht farbiger Baumwolle. In Zukunft wird man sich der
Mühe überheben sehen, die Baumwolle zu färben; man wird sie viel-
mehr von der Natur in jeder gewünschten Farbe fertig geliefert
erhalten. Schon heute wachsen in verschiedenen Teilen der Welt ver-
schiedene Arten farbiger Baumwolle. Man braucht sie nur zusammen-
zustellen, um eine vollständig gefärbte Farbkarte zu erhalten.
Und zwar hängt die Färbung nicht etwa vom Boden oder von ande-
ren Verhältnissen des Milieus ab, sie wird ausschließlich durch die
Art des Samens bestimmt. Das ist durch wiederholte Versuche in
lehter Zeit einwandfrei festgestellt. Die Vorteile, die sich aus dieser
naturfarbenen Baumwolle ergeben, liegen auf der Hand. Vor allem

ersparen sie die Arbeit und Kosten des Färbens. Es werden weiterhin
dadurch die Gefahr des Ausbleichens der Farbe und gleichzeitig die
Nachteile des Färbeprozesses vermieden, der die nicht sehr widerstand-
sfähige Faser mehr oder weniger stark angreift. Was die einzelnen
Farben anbetrifft, so findet man in den Vereinigten Staaten die
weiße Baumwolle, Peru besitzt eine rote Art und hier wie auch in
Kongos und auf den Hawaii-Inseln wächst eine kastanienbraune
Varietät. In China findet man eine gelbe, in Indien eine graue, in
Süd-Carolina erzeugt man eine grüne und in Mexiko endlich eine
schwarze Baumwolle. Es scheint erwießen, daß man durch ent-
sprechende Kreuzung und Züchtung von Samen alle dazwischen liegen-
den Farbtönen erzeugen kann. So würde beispielsweise eine Mischung
von weißer und roter Baumwolle einen neuen Rosa-Typ ergeben, und
auf diesem Wege könnte man auch die anderen Zwischenfarben züchten.

Was die Vulkane auswerfen. Von den Stoffen, die bei der
Ausbruchstätigkeit der Vulkane zutage gefördert werden, sind die
Wasserdämpfe diejenigen, die auf die weitesten Entfernungen hin zer-
streut werden. Wurde doch beim jüngsten Ausbruch die Asche des
Vesuvius bis nach Konstantinopel und an die afrikanische Küste ge-
trieben. Die sogenannten „Aspellen“, die feinsten Bruchstücke der
Vasce, fallen in viel geringerer Entfernung zur Erde. Die Vasce,
deren Temperatur 1000 Grad erreicht, wird häufig in riesigen Men-
gen herausgeschleudert. So förderte der Vesuvius im Jahre 1669
700 000 Kubikmeter an die Oberfläche. Die gasigen Stoffe und die
Asche werden in beträchtliche Höhen hinaufgetrieben. Ueberhaupt
doch bei den großen Ausbrüchen des Vesuvius die Aschen- und Dampf-
fäule eine Höhe von 8000 Meter. Was nun den feurigen Herd
dieser vulkanischen Massen anbetrifft, so sind die Gelehrten der An-
sicht, daß er in einer Tiefe von 60 Kilometer liegt und eine Tem-
peratur von 2000 Grad hat, bei der alles Gestein flüssig oder
gasförmigen Zustand annimmt. Die vulkanischen Phänomene
haben demnach ihren Ursprung in einer Schmelzzone, die zwischen
der Oberflächenschicht und dem Kern des Erdinneren liegt. Die
Kruste selbst dürfte eine Dicke von 60 Kilometer haben, d. h. den
hundertsten Teil des Radius der Erde. Ob die Vulkane unter-
einander in Verbindung stehen, gilt noch nicht als erwiesen. Die
verschiedene Natur der Vasce aus in geringer Entfernung liegenden
Vulkanen könnte eher darauf hindeuten, daß zwischen den unter-
irdischen Basalbeden eine Verbindung nicht besteht. Der italienische
Vulkanforscher Mercalli beobachtete freilich, daß den stärksten Aus-
brüchen des Vesuvius ausnahmslos in geringen Zeitabständen starke
Ausbrüche des Stromboli vorausgingen oder folgten. Er schließt
daraus, daß zwischen den Vulkanen Beziehungen mechanischer und
physikalischer Natur bestehen.

Das Theater am Rollendorsplatz kommt vom Herbst ab unter
die Direction Reinhard und Bernauer. In ihrem Prozeß gegen Direktor
Calle hat auch das Reichsgericht zu ihren Gunsten entschieden.

Das erste deutsche Tapetenmuseum wurde in Kassel eröffnet.
Kassel war der Standort der ersten deutschen Tapetenfabrik.

Verein Deutscher Ingenieure. Am 6. abends 7 1/2 Uhr findet im
großen Saale des Ingenieurhauses, Sommerstr. 48, ein Vortrag des
Diplom-Ingenieurs Groß über „Fortschrittliche Aufgaben auf dem Gebiete
der Nichteisenmetalle“ (mit Stahlbildern) statt. Anschließend
Diskussion. Eintritt für Mitglieder 500 Mark, für Gäste 1000 Mark.

Das Todesurteil im Falle Häußer.

Unter juristischer Mitarbeit äußert sich in folgendem zu dem kürzlich ergangenen Todesurteil im Nordprozess Häußer.

Der Heiratschwindler Häußer ist von den Beschworenen des Nordes an der Verkäuferin Anna Dettmer aus der Färbereifabrik in der Rogstr. 7 für schuldig erkannt worden. Das Gericht mußte ihn deshalb zum Tode verurteilen. Häußer hat in der Hauptverhandlung sein Geständnis widerrufen: es soll ihm von der Polizei erpresst worden sein. Eine Behauptung, die von Angeklagten oft aufgestellt wird. Auch diesmal, wie stets, wiesen die Beamten den Vorwurf zurück. Häußer mag ein äußerst gemeingefährlicher Mensch gewesen sein, vielleicht auch eines Nordes fähig. Ein Todesurteil jedoch, das in der Hauptphase auf ein widerwärtiges Geständnis sich stützt, weckt berechtigte Zweifel und schließt die Möglichkeit eines Justizirrtums nicht aus. Häußer ist, gleich vielen anderen, noch dem Kriege sozial untauglich geworden: er hat sich auf betrügerischen Fing heiratet, auf den Adel verplähter Dämchen gelegt. Ein verhältnismäßig harmloses Geschäft in unserer auf Schieflagen jedweder Art eingestellten Zeit. Das Geständnis, diese vorzüglichste aller sozialen Institutionen, hat auch nicht zur Stärkung seines sozialen Rückgrats beigetragen. Scharfbar wollte er doch nicht weiter den bornigen Weg der Verbrechensbahn gehen und das damit verbundene Risiko auf sich nehmen: er machte deshalb von der dem Verbrechen verwandten „sozialen“ Einrichtung Gebrauch — nämlich vom Betteln. Als endgültig Deklassierter fand er in seiner paroxysmalen Existenz Unterkunft im Asyl für Obdachlose. Da ereilte ihn die Anklage wegen Ermordung der Verkäuferin. Wer der Gerichtsverhandlung nicht beigewohnt hat, darf sich kein Urteil über den Spruch der Geschworenen anmaßen. Ebenfalls kann der Uneingeweihte darüber entscheiden, wie weit im Falle Häußer eine angeborene Anlage bei seinem Hinabsinken von Stufe zu Stufe mit die Hand im Spiele gehabt hat. Daß aber soziale Ursachen, die Nachkriegszeit mit ihrer Entmoralisierung, nicht die unbedeutendste Rolle gespielt haben, sieht durch die Verhandlungsberichte unumstößlich fest. Und diese objektive Schuld der äußeren Verhältnisse am Ruin eines Menschen quittiert die Gesellschaft mit dem Tode. In den letzten zwei Jahren ist es, sofern erinnerlich, das zweitemal, daß ein Berliner Gericht, laut Geschworenenurteil, auf Todesstrafe erkannt. Im ersten Falle ist der Verurteilte begnadigt worden. Wird diesmal das Urteil vollstreckt werden?

Die sozialistischen Parteien haben im Reichstag vor ungefähr 1 1/2 Jahren im Gegensatz zum gesamt bürgerlichen Block geschlossen für die Abschaffung der Todesstrafe gestimmt. Rotgerudungen nach heftigen inneren Kämpfen, haben sie, da das bestehende Strafgesetzbuch die Todesstrafe kennt, bei der Annahme des Gesetzes zum Schutze der Republik, sich für die Festsetzung der Todesstrafe erklären müssen. Der Staatsgerichtshof hat aber selbst gegen den Rathenau-Wörterbuch Lechow nur auf Zuchthaus erkannt. Mit Recht! Lechow ist noch ein junger Mensch. Die demokratische Republik dürfte großmütig, wie sie einmal ist und sich der ihr innenwohnenden moralischen Macht bemußt, ihm kein nichtsnutziges Leben belassen. Im stinkigen Rindenschädel des Fuchs-Wachhans hat der Staatsanwalt für den Hochverräter Fuchs nur Zuchthausstrafe beantragt. Auch dieses ist gut. Die gedungenen Horden-Attentäter sind gar mit einer gelinden Gefängnisstrafe davon gekommen. Wer haben die Würder Rathenau nicht die wirtschaftliche Katastrophe Deutschlands, den Tod Tausender von Säuglingen, Schwindsüchtigen und Greisen zum guten Teil auf dem Gewissen, tragen sie nicht mit die Schuld an dem namenlosen Elend der aus dem Ruhrgebiet Vertriebenen, an dem Tode der Ruhrpferde? Ist denn überhaupt die Zahl der Opfer abzulehnen, die der etwaige Bürgerkrieg, als Folge eines wirklich versuchten Staatsstreichs der Fuchs und Genossen gefordert hätte. Und wie harmlos erscheint vom kriminalistischen Gesichtspunkt der Gefährlichkeit neben diesen Mördern am deutschen Volke und ihren Hintermännern der Heiratschwindler Häußer. Er ist aber zum Tode verurteilt! Sogar eines Kaufmanns, ehemaligen Oberrealschüler, dann Diener des Molochs und Heiratschwindler, schließlich vielleicht auch Mörder, hat Häußer auch Anspruch auf Menschlichkeit von seinen glücklichen Volksgenossen. Das nackte Leben dürfte ihm erhalten bleiben. Die Zeit der Menschenopfer müßte ein für allemal vorüber sein.

Der Westhafen.

Fertigstellung im Laufe des Sommers.

Der imposante Westhafenbau, neben der vor wenigen Monaten dem Betriebe übergebenen Nord-Süd-Bahn das zweite der von der Stadt Berlin kurz vor Kriegsbeginn in Angriff genommene und trotz aller Hemmungen und Erschwernisse der Kriegs- und nach mehr der Nachkriegszeit weiter geführten gewaltigen Bauvorhaben, geht nunmehr seiner Vollendung entgegen. Als erster Teil der Anlage wurde schon im November 1920 eine Lagerhalle in Benutzung genommen und anschließend daran in den nächsten Jahren weitere Teile je nach Fertigstellung. Die letzten und bedeutendsten, dem Umschlagsverkehr dienenden Anlagen, der Zollspeicher, der Getreidespeicher und der Kohlenlagerplatz, konnten Anfang Juni d. J. in Betrieb genommen werden. Die zurzeit noch starr im Gange befindlichen Ausbauarbeiten an einigen Hochbauten sind soweit gefördert, daß die Fertigstellung der Gesamtanlage im Laufe des Sommers zu erwarten ist.

Der Hafen, auf rund 38 Hektaren großem Gelände nördlich der Ringbahn zwischen den Bahnhöfen Pankow und Beuelstr., gelegen, dient dem zumeist mit Zwischenlagerung in Schuppen, Speichern oder auf Lagerplätzen verbundenen Umschlag der auf dem Wasserwege eintreffenden Güter (Getreide, Mehl, Zollwaren, Kaufmannsgüter aller Art, Kohlen, Baustoffe usw.) auf Eisenbahnwagen oder Straßenfuhrwerk und umgekehrt. Drei am Westhafen zusammenstießende Kanäle, der Großschiffahrtskanal für den Verkehr mit Steinf, der Charlottenburger Verbindungskanal für den Verkehr mit Hamburg bzw. Lübeck und später über den im Bau befindlichen Mittelkanal zum Rhein und der Spandauer Schiffahrtskanal für den Verkehr mit Obersiebenbrunn, der Eisenbahnanschluss an den benachbarten Hamburg-Behrer Güterbahnhof, sowie das von der Pankowbrücke und der Beuelstr. ausgehende Strahlenwerk bedeuten eine für die Schifffahrt, Eisenbahn und Straßenverkehr überaus günstige Lage des Hafens, der mit seinen modernen Umschlagseinrichtungen und umfangreichen Lagerungsmöglichkeiten zu den bedeutendsten und leistungsfähigsten Anlagen Deutschlands gehört. Zwei Hafendocks, deren bei späterer Erweiterung des Hafens ein drittes planmäßig angegliedert werden kann, bieten auf 2500 Meter Kaimauern Böden und Ladeplätze für eine Flotte von 68 großen Eißchiffen oder 104 Finomkähnen, je in zwei Reihen liegend, bei ausreichendem Zwischenraum für gleichzeitig ein- und ausfahrende Schiffe. Zahlreiche Krane von 2,5 bis 20,0 Tannen Tragfähigkeit haben die Güter aus dem Schiffsinnen und legen sie zu sorgfältiger Weiterbeförderung unmittelbar auf Eisenbahnwagen oder Fuhrwerke zu kürzerer oder längerer Lagerung in Lagerhallen und Speichern oder auf Freiladepätze ab. Mit der Fertigstellung des Westhafens ist, nachdem der ebenfalls sehr leistungsfähige, aber kleinere Osthafen bereits 1913 in Betrieb genommen werden konnte, das noch langwierigen Verhandlungen im Einvernehmen mit der Kaufmannschaft aufgestellte Programm für die Schaffung zeitgemäßer Berliner Hafenanlagen vorläufig zum Abschluß gelangt.

Ein gräßliches Malheur.

Eine arge Enttäuschung erlitt eine Berliner Malerin, als sie jetzt nach einer viermonatigen Studienreise ihre in der Güntherstr. 2 gelegene Wohnung wieder aufsuchte. Vor ihrer Abreise hatte sie angesetzt, daß sie einen Teil ihrer Wohnung vermieten wolle. Sie hatte dies hauptsächlich in der Absicht getan, daß während ihrer Abwesenheit die Wohnung nicht unbesetzt war. Als sich nun ein

Graf und eine Gräfin v. B. meldeten, trat die Malerin einen Teil ihrer Wohnung an das Ehepaar ab. Die Gräfin war kurz vor der Rückkehr der Malerin händingend auf dem Postreiseer erschienen und hatte dort zur Anzeige gebracht, daß Einbrecher die Wohnung heimlich betreten hätten. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß von diesem Einbruch niemand etwas gemerkt hatte. Sonderbarerweise hatten die Einbrecher auch ihr Handwerkszeug zurückgelassen, was sonst sehr selten vorkommt. Es besteht der dringende Verdacht, daß der Einbruch von dem gräßlichen Ehepaar nur vorgetäuscht wurde, und daß beide selbst die Sachen beiseite geschafft haben. Gegen das gräßliche Ehepaar ist bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet worden.

Um die Mietevorschüsse.

Der Städtische Nachrichtendienst verbreitet einen Aufsatz des ersten Vorsitzenden des Mietvereinsamtes, Direktor Wild, der sich gegen die Verweigerung der Vorschusszahlung ausspricht. In diesem Artikel wird u. a. ausgeführt, daß in Berlin in 99 von 100 Fällen die Miete im Voraus gezahlt werde und daß in allen diesen Fällen die Mieter „zweifello“ verpflichtet seien, nicht nur die Grundmiete und die festen Zuschläge, sondern die gesamte Miete, also auch die umzuliegenden Betriebskosten im Voraus zu entrichten; denn nach § 20 des Reichsmietengesetzes blieben solche vertraglichen Vereinbarungen unberührt.

Der Mieterverband, Bau Berlin, den wir um eine Äußerung ersucht haben, schreibt uns dazu: Hierbei ist völlig übersehen, daß Preußen von der Ermächtigung des § 22 des Reichsmietengesetzes Gebrauch gemacht und statt des in § 3 Absatz 2 d. a. selbst vorgeschriebenen festen Betriebskostenzuschlages die Umlegung der Betriebskosten zugelassen hat. Erfolgt diese Umlegung (wie in Berlin), so kann der Vermieter die Zahlung der betreffenden Betriebskosten erst verlangen, nachdem er die diesbezüglichen Belege den Mietern oder der Mietervertretung vorgelegt hat. Bei einem festen Betriebskostenzuschlag wären die Ausführungen des Direktors Wild richtig, bei der Umlegung sind sie unzutreffend. Der Wohlfahrtsminister hat zwar am 30. April die Erhebung solcher Betriebskostenvorschüsse zugelassen; das übertrifft aber seine Befugnis, denn in Preußen ist (von den Großstädten abgesehen) meist Nachzahlung der Miete üblich und die Vorauszahlung kann nur vertragsmäßig vereinbart werden. War aber der Minister nicht befugt, für jene Orte die Vorauszahlung (Vorschusszahlung) anordnen zu lassen, so ist sein Erlass überhaupt (auch für Orte mit Vorauszahlung der Miete) rechtsunzulässig. Dieser Rechtsstandpunkt ist von dem Vorsitzenden des Preussischen Landesverbandes im Bunde Deutscher Mietervereine bei den Verhandlungen im Preussischen Wohlfahrtsministerium am 24. Mai ausführlich dargelegt worden und Direktor Wild hat als Vertreter der Preussischen Mietvereinsämter diese Auffassung als richtig unterstrichen. Gegen die Vorschusszahlung sprechen aber noch neue Momente, die namentlich auch hervorgehoben werden sollen. Direktor Wild erklärt in seinem Artikel, daß die 100fache Grundmiete die monatliche Durchschnittshöhe der Umlagebeträge bei weitem nicht erreichen wird. Wir sind derselben Ansicht. Wenn also der Mieter den Vorschuss zahlt und damit die vierteljährliche Umlegung anerkennt, so muß er am Ende des Vierteljahres ganz erhebliche Beträge nachzahlen, deren Ausbringung in einer Summe ihm wahrscheinlich viel schwerer fallen wird, als die Umlegung am Ende eines jeden Monats (ohne Vorschusszahlung). Also ist die Vorschusszahlung mit vierteljährlicher Umlegung sowohl für die Mieter als auch für die Vermieter wirtschaftlich unzulässig, obwohl der Magistrat in seiner Bekanntmachung vom 28. April d. J. (Gemeindeblatt, Sonderausgabe vom 30. April) das Gegenteil behauptet.

Zum Schluß aber noch ein letztes Argument: Nach § 30, Absatz 2 des Mietereinstellungsgesetzes, das am 1. Oktober in Kraft tritt, kann die oberste Landesbehörde anordnen (und das wird sie tun!), daß Vermieter wie Mieter auch gegen den Willen des anderen Vertragsteiles die Zahlung des Mietzinses in Monatsabschnitten verlangen kann. Dann ist die Vierteljahresabrechnung, die der Magistrat von Januar bis März gleichfalls durchgeführt hatte und dann wieder verworfen wurde, ein für alle Male erledigt. Viele Hausbesitzer haben schon im Zeitraum Januar-März sich mit den Mietern dahin verständigt, daß sie keinen Vorschuss erheben, sondern monatlich abrechnen. Auf diese Weise kann die Streitfrage, auf die sich der Magistrat mehr als nötig verstreift, einfach und zur Zufriedenheit beider Teile gelöst werden.

Eine neue Mietrecht-Instanz?

Beim Wohlfahrtsministerium ist Beschwerde geführt worden über die Vereinerung der ersten Vorsitzenden der Groß-Berliner Mietvereinsämter. Es heißt darin, diese Vereinerung sei ein ganz freies Gebilde und könne wohl Rechtsansichten äußern, aber nicht Beschlüsse fassen, die die Entscheidungen der Mietvereinsämter, da diese nur nach den gesetzlichen Bestimmungen, urteilen sollen, zugrundelegen sind. Ein Widerspruch sei es, daß diese freie Vereinerung immer mehr den Charakter einer Instanz angenommen hat, von der die Kollegialentscheidungen der Mietvereinsämter und Schlichtungsausschüsse beeinflusst werden. Wie man in den Verhandlungsterminen häufiger höre, unterbreitet das Städtische Zentralmietenamt irgendeine Ansicht, zu der es gedrängt wird, erst der Beurteilung der Vorsitzenden der Mietvereinsämter und schließlich sich dann der Mehrheit der Vorsitzenden an, gibt also deren Meinung als eigene Entscheidung aus. Das seien unzulässige Rechtszustände. Eine solche ausschlaggebende Zwischenarbeit und Nachentscheidung der Vorsitzenden-Vereinerung habe der Gesetzgeber nicht gewollt.

Die Einschränkung von Vergütungen.

Die Anwendung der Verordnung über die Einschränkung von Vergütungen vom 14. April d. J. hat, wie der preussische Minister des Innern ausführt, Härten zeitweilig, die durch den Zweck des Gesetzes nicht immer gerechtfertigt er-

scheinen. Im § 1 jener Verordnung waren als Vergütungen, die in Zeiten einer außerordentlichen politischen oder wirtschaftlichen Not oder Gefahr Einschränkungen unterliegen, alle öffentlichen oder nach außen wahrnehmbaren privaten Veranstaltungen bezeichnet, die die Schaulust oder das Bedürfnis nach leichter Unterhaltung befriedigen oder dem Sinne dienen. Nach der neuen Verordnung des Ministers besteht kein zwingender Grund, alle Vergütungen dieser Art grundsätzlich zu verbieten. Durch solche Maßnahmen werden vielfach Veranstaltungen betroffen, deren Unterdrückung vom Gesetzgeber nicht beabsichtigt war. Insbesondere können ständig wiederkehrende Veranstaltungen, die durch Herkommen oder Volkstümlichkeit sich eine gewisse Daseinsberechtigung erworben haben, wie z. B. Märkte, Messen, Turner-, Schützen-, Volkspartysten, einfache Tanzergütungen usw. in der Regel unbedenklich zugelassen werden, solange nicht bestimmte Tatsachen vorliegen, die eine mißbräuchliche Ausnutzung solcher Vergütungen über das durch Anstand und Sitte bedingte Maß hinaus besorgen lassen. Die Polizeibehörden werden deshalb ersucht, diesen Gesichtspunkten bei Anwendung der Verordnung vom 14. April Rechnung zu tragen.

Einbrecher im Waisenhaus. In der Hauptstraße 7 zu Rummelsburg wurden die Wohnungen der Angestellten des Waisenhauses von Einbrechern heimlich betreten. Die meisten der Wohnungen standen leer, da die Familien einen gemeinsamen Dampferausflug gemacht hatten. In vier der Wohnungen verschafften sich die Einbrecher Zugang, und stahlen aus diesen verschiedene Kleidungsstücke, Uhren, Ringe usw. im Werte von 25 Millionen Mark. Durch den Diebstahl sind 10 Familien empfindlich geschädigt worden. Mitteilungen zur Aufklärung der Einbrüche nimmt die Dienststelle B 1.2 der Berliner Kriminalpolizei entgegen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Reichsbund. Freitag abend 7 1/2 Uhr Monatsversammlung der Helfer und Helferinnen in der Schule Lefingstraße.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und überwiegend heiter, bei größtentheils schwachen östlichen Winden und langamer weiterer Erwärmung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis, Mitte. Heute, Donnerstag, den 5. Juli, 6 Uhr, im „Lehrervereinshaus“ Treffpunkt der Deutscher Pädagogischer Ortsvereine.
 2. Kreis, Tiergarten. Montag, den 9. Juli, 7 1/2 Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Kellner, Büttelstr. 10. Die Abteilungsleiter werden ersucht, die Funktionärskonferenzen auf Dienstag zu versetzen.
 3. Kreis, Friedrichshagen. Heute, Donnerstag, den 5. Juli, 6 Uhr, im „Lehrervereinshaus“ Treffpunkt der Bildungskommissionen. Schließen.
- Jungsozialisten, Gruppe Pankow. Heute abend 7 1/2 Uhr „Jugendheim“, Berlin, Er. 22. Vortrag des Bürgermeisters Genossen Kubig: „Kommunalspolitische Fragen“. — Gruppe Jollenberg bei Schinow. Heute, 7 1/2 Uhr, beim Genossen Jollenberg, am Jollenberg 117, Vortrag des Genossen Döppelmeier: „3. etc. und Aufgaben der Jungsozialisten“.

Gewerkschaftsbewegung

Gescheiterter Einigungsversuch.

Der Demobilisierungskommissar hatte gestern die beiden Parteien im Baugewerbe vorgeladen, um den drohenden Streik wenn möglich noch zu vermeiden. Die Verhandlungen dauerten von 6 Uhr bis 11 Uhr abends, scheiterten jedoch an dem harten Widerstand der Unternehmer. Diese weigerten sich rundweg, den Schiedsspruch des Bezirkskommissars anzuerkennen und erklärten sich endlich nur bereit, einen um 700 M. geringeren Stundenlohn zu zahlen. Die Arbeitervertreter forderten einerseits die volle Anerkennung des Schiedsspruchs und neue Verhandlungen, um die Löhne für die kommende Woche entsprechend der Teuerung festzusetzen. Auch in diesem Punkte machten die Unternehmer ein völlig ungenügendes Angebot, so daß auch dieser Versuch, den Streik im Baugewerbe zu vermeiden, an der Haltung der Unternehmer gescheitert ist.

Ausdehnung des Streiks im Baugewerbe?

In einer stark besuchten Versammlung der Mitglieder des Zentralverbandes der Dachdecker (Bezirk Berlin), die am Mittwoch abend in der Aula der „Sophienstraße“ stattfand, wurde mitgeteilt, daß die Zimmerer gestern in den Streik getreten sind, weil die Arbeitgeber den Spruch des Bezirkskommissars, der einen Stundenlohn von 9500 M. bewilligt, abgelehnt haben. Von den Arbeitern ist der Spruch angenommen worden. Die Ablehnung wurde von den Rednern als Tarifbruch bezeichnet. Eine sehr erregte Aussprache, an der sich auch das zufällig in Berlin anwesende Mitglied des Zentralverbandes Thomas mit sachlichen und aufklärenden Ausführungen beteiligte, hatte zum Ergebnis, daß beschlossen wurde, sofort von den Arbeitgebern einen Stundenlohn von 9500 M. mit dem Ausschlag, der den Dachdeckern tariflich zusteht, zu fordern und im Falle der Ablehnung unverzüglich in einer Versammlung das Weitere zu beschließen. Man müsse sich mit den Streikenden solidarisch erklären. Auch die Maurer würden voraussichtlich am Donnerstag schon die Arbeit einstellen. (Was inzwischen geschehen ist.)

Als 2. Vorsitzender der Ortsverwaltung des Verbandes wurde Karr gewählt.

Ueber den mit den vereinigten Arbeitgebern abgeschlossenen Reichstarif referierte der Gauleiter Görnig, dessen Ausführungen sich dahin zusammenfassen lassen, daß, wenn auch infolge der im Lande vorherrschenden Schwierigkeiten die Wünsche der Kollegenschaft nicht alle realisiert werden konnten, es andererseits doch möglich geworden sei, Verschlechterungen der tariflichen Bestimmungen abzumehren.

Ueber Stellungnahme zu den noch bestehenden Ortstarif sprach der Vorsitzende der hiesigen Ortsverwaltung Stolzenheim. Die anschließende Diskussion führte zur Aufstellung folgender Forderungen an die Arbeitgeber. Balle Vergütung des ausgelegten Jahrgeldes, Verbesserung der Entschädigung für die Fahrzeit, Entschädigung in Höhe von vier Stunden bei der Landzulage. Keine Verlängerung der 46 1/2 stündigen Arbeitszeit, die auch ferner bei der Auszahlung mit 47 Stunden berechnet werden soll. Diese Anträge wurden der Verhandlungskommission mit auf den Weg gegeben.

Die Fachgruppenleitung der Töpfer im Deutschen Bauergewerksbund tritt mit:

Unsere Bundeskollegen, soweit sie im Hoch- und Tiefbaugewerbe beschäftigt waren, befinden sich ab heute, Donnerstag, im Streik. Die Ursachen sind den Kollegen bekannt. Die Möglichkeit ist nunmehr vorhanden, daß unsere Kollegen zum Teil in Mitleidenschaft gezogen werden. Von beabsichtigten Arbeitseinstellungen ist der Fachgruppenleitung vorher Mitteilung zu machen. Ohne Zustimmung der Fachgruppenleitung soll keine Arbeitseinstellung erfolgen. Die Rohverhandlungen für unseren Beruf werden besonders geführt. Verhandlungen wegen neuer Lohnvereinbarungen ab 1. Juli finden heute, Donnerstag, statt. In der morgen, Freitag abend, statt-

Devisenkurse.

	5. Juli		4. Juli	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	65985.—	66185.—	62943.—	62957.—
1 argentinische Papier-Peso	58825.50	59147.50	55610.50	55889.50
1 belgischer Franc	8229.—	8271.—	8054.50	8085.50
1 norwegische Krone	26688.—	26817.—	26935.—	26965.—
1 dänische Krone	28428.50	28571.50	27730.50	27899.50
1 schwedische Krone	43890.—	44100.—	42394.—	42506.—
1 finnische Mark	—	—	4380.—	4411.—
1 japanischer Yen	—	—	—	—
1 italienische Lire	7182.—	7218.—	6982.58	7017.50
1 Pfund Sterling	748125.—	751875.—	728175.—	731825.—
1 Dollar	165385.—	166415.—	160190.—	161002.—
1 französischer Franc	9825.—	9875.—	9507.—	9549.—
1 brasilianischer Milreis	—	—	16758.—	16842.—
1 Schweizer Franc	29127.—	29273.—	28029.50	28170.50
1 spanische Peseta	—	—	22643.—	22757.—
100 österr. Kronen (abgezt.)	—	—	29241.—	29359.—
1 tschechische Krone	—	—	4012.50	4087.50
1 ungarische Krone	—	—	18.70	18.80
1 bulgarische Leva	—	—	1598.—	1604.—
1 jugoslawischer Dinar	—	—	1735.50	1744.50

